



## Editorial



Die VCU steht u. a. für eine gesellschaftspolitisch legitimierte Wirtschaft. Die Globalisierung mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf Markt- und Wettbewerbslogik droht Wirtschaft und Gesellschaft zu entkoppeln; Wirtschaft als Selbstzweck also, eine Volkswirtschaft ohne Volk!

Zwei Beispiele mögen veranschaulichen wie aktuell das Gedankengut der VCU ist:

### 1. Die Managerlöhne

Die schamlose Selbstbedienung bei den Grossen in Banken, Versicherungen und Chemie lässt sich weder mit Leistung noch mit dem Arbeitsmarkt oder mit der Verantwortung (siehe Swissairprozess) begründen, schon gar nicht unsere europaweit höchsten Bezüge. Schade, dass dieses Ärgernis nicht im Rahmen der Selbstregulierung behoben werden kann. Anstelle der mutlosen, unverbindlichen Vorschläge der *economiesuisse* wird der Gesetzgeber im Sinne des Eigentümerschutzes den Einfluss der Aktionäre verstärken müssen; dies obwohl sich Wohlverhalten schlecht anordnen lässt.

### 2. Die industrielle Überfremdung

Was mit *Rey, Ebner* und Konsorten angefangen hat, nimmt derzeit seinen ungehemmten Fortgang. Ausgeklügelte Finanzierungsmethoden ermöglichen es, mit verhältnismässig kleinem Mitteleinsatz eine Gesellschaft zu beherrschen. Meistens funktionieren solche Spekulationen wie Gewinnmaschinen: Filetstücke veräussern, Arbeitskräfte abbauen, Börsenkurse pflegen und sich mit satten Gewinnen verabschieden.

Die Börse in Konkurrenz mit den Arbeitsplätzen, das verdeutlicht am besten den angeblichen Selbstzweck der Wirtschaft. **Es ist nicht alles erlaubt was nicht verboten ist!**

*Felix Walker, Präsident VCU Ostschweiz*

## Zuwanderung als Chance

**Per 1. Juni 2007 wurde die Kontingentierungspflicht für Arbeitnehmer aus den alten EU-Ländern aufgehoben; es gilt nun die vollständige Personenfreizügigkeit. Diese Etappe in der Ausländerpolitik ist erfahrungsgemäss kein Grund für zusätzliche Überfremdungsängste. Sie bietet jedoch Gelegenheit, einige Überlegungen anzustellen zur gegenseitigen Herausforderung der Integration.**

*Von Felix Walker, alt Nationalrat CVP*

Weil es bei unkritischen Wählern so gut ankommt, wird dieses Thema immer wieder problemorientiert und emotionsgeladen abgehandelt. Die Rede ist von Missbrauch, Schmarotzern, Gewalt, oder wie die Weltwoche linientreu und gekonnt polemisch titelt: «Schweizer zahlen, Ausländer kassieren». Um nicht missverstanden zu werden, an Fehlverhalten gibt es nichts zu verharmlosen oder gar zu entschuldigen, es ist zu verurteilen, bei Ausländern wie bei Schweizern.

Integration kann nur im **Zusammenwirken beider Seiten** gelingen. Zu dieser Problematik gibt es fundierte Studien, welche vor allem die Aspekte Arbeit, Bildung und Soziales zum Gegenstand haben. Das neue Ausländergesetz zieht u. a. die Lehren aus integrationshemmenden Vorschriften der Vergangenheit und sieht integrationsfördernde Massnahmen vor. Ein ausführlicher Integrationsbericht enthält eine Problemanalyse, die den Einen zur Problempflege, den Andern als Voraussetzung für eine sachdienliche Problemlösung dient. Wer die eben erwähnten Dokumente zur Kenntnis nimmt, kommt zu einer Beurteilung der Ausländerfrage, die nicht bloss defizitorientiert ist.

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland; ein Drittel der Schweizer Bevölkerung ist entweder selbst eingewandert oder hat einen eingewanderten Elternteil. Ohne die langjährige Zuwanderung hätte die Schweiz ihre wirtschaftliche und kulturelle Spitzenposition nicht erreichen können. Ganze Branchen wie Gastgewerbe, Bau, Gesundheitswesen, aber auch Wissenschaft, Kultur und Sport sind von diesem Erfolgsfaktor wesentlich mitgeprägt worden. Heute erbringen die **ausländischen Arbeitskräfte 26% des gesamten in der Schweiz erbrachten Arbeitsvolumens**; dies bei einem Bevölkerungs-

>> Seite 2

### Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Zuwanderung als Chance	
Managerlöhne als Ärgernis	2
Bericht aus den Regionen	3
News vom Zentralpräsidium Agenda	4
Für Sie gelesen Geburtstage Verstorbene Austritte Impressum	5

## >> *Zuwanderung als Chance*

anteil von 20%. Dieser Umstand findet auch bei den Beiträgen an die Sozialwerke seinen Niederschlag. Gemäss einer Untersuchung aus dem Jahre 2001 zahlen die Ausländer rund 25 Prozent aller Beiträge an die Sozialversicherungen, beziehen aber nur 12 Prozent der Leistungen. Es trifft allerdings zu, dass ausländische Erwerbstätige bezüglich Arbeitslosigkeit anfälliger sind als Schweizer und demzufolge diese Versicherung überproportional beanspruchen. Zurückzuführen ist dies auf das tiefere Bildungsniveau und die Tätigkeit in weniger qualifizierten, saison- und konjunkturabhängigen Arbeitsbereichen sowie einem erschwerten Wiedereinstieg. Wir haben sie für diesen Bedarf geholt, früher als «Manövriermasse», heute wegen ihrer vermehrten Sesshaftigkeit, mit der Verantwortung sie zu integrieren.

Eigentlich müsste hier das liberale Verursacherprinzip verstärkt zum Zuge kommen, beispielsweise indem der Integrationsförderung bei der Zuteilung von Ausländern Rechnung getragen wird. Im Wesentlichen ist die Ausländerfrage freilich eine öffentliche Aufgabe, und zwar eine aller politischen Ebenen. Das Bundesamt für Migration hat auf Ende Juni ein auf dem Integrationsbericht aufbauendes Massnahmenpaket in Aussicht gestellt.

Ein wichtiges Element der Integration sind die **Einbürgerungen**. Obwohl wir diese vergleichsweise restriktiv vornehmen, fühlen sich professionelle Demagogen als «Fremde im eigenen Land». Von der aktuellen, industriellen Überfremdung, angefangen bei *Rey, Ebner, Blocher* und Konsorten fühlen sie sich offensichtlich weniger bedroht. Die Einbürgerungsfrage wäre einfach zu entschärfen, es genügt, im Spannungsfeld zwischen Bürgerrechtsdemokratie und Rechtsstaatlichkeit Verfassung und Menschenrechte zu respektieren. Wahl-taktisch ist die Emotionalisierung dieses ohnehin schon sensiblen Bereichs allerdings lohnender. So etwa die völlig überraschende, breit angelegte Meldung, dass Eingebürgerte auch straffällig werden.

Der Integration besonders abträglich ist die einseitige Stimmungsmache zum Missbrauch im Sozialbereich. Missbräuche sind nicht zu tolerieren aber genereller Missbrauchsverdacht auch nicht. Wo Leistungen zu beziehen oder zu entrichten sind gibt es Missbrauchspotential. Neue Erkenntnisse der Städte Basel und Zürich zeigen, dass dieses Potenzial erheblich überschätzt wird, z. B. im Vergleich zu den Privatversicherungen. Der Grossteil der Missbräuche soll auf unvollständigen Angaben von Einkommensteilen beruhen, genau so wie bei der **Steuerhinterziehung**. Hier Kavaliersdelikt, dort Verkaufshilfe für billige Zeitungen und erfolgversprechendes Wahlkampfthema. Die Schwarzarbeit im sozial- und steuerpflichtigen Wert von geschätzten 35 Milliarden Franken ist für die Volkswirtschaft ein unvergleichlich höherer Schaden als der Sozialmissbrauch.

Die überproportionale Beanspruchung der IV ist auf die gleichen Gründe zurückzuführen wie bei der ALV; daran beteiligt sind beide, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Auch nach der Abstimmung zur IV-Revision wird weiter unterstellt, die Ausländer seien am Missbrauch in besonderem Masse beteiligt: Dafür gibt es gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen keine verlässlichen Daten. Die Unterstellung erfolgt somit wider besseres Wissen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf!

**Insgesamt profitieren die Staatsfinanzen der Schweiz von der Zuwanderung; dies gilt auch für die Sozialversicherungen.**

Mit bewusst einseitigen, tendenziösen Verlautbarungen erweist man der wirtschafts- und gesellschaftspolitisch so wichtigen Ausländerfrage einen schlechten Dienst. Wir brauchen die Ausländer, und sie brauchen uns!

---

## **Managerlöhne als Ärgernis: economiesuisse bleibt auf halbem Wege stehen**

**Vermeehrt stellen Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Frage nach der Verhältnismässigkeit zweistelliger Millionenbeträge als Entschädigung der Organe börsenkotierter Gesellschaften.**

Die Bevölkerung reagiert mit Unverständnis, ja sogar mit Ärger. In der Tat sind diese Exzesse schwer zu begründen, weder mit der Verantwortung, der Leistung oder mit dem Arbeitsmarkt, schon gar nicht unsere Spitzenposition europaweit. Was es mit der Verantwortung auf sich hat wird uns derzeit beim Swissair-Prozess veranschaulicht. Auch unsere Erfolgsfaktoren wie politische und soziale Stabilität, moderate Unternehmenssteuern, ein hoher Bildungsstand, das Bankkundengeheimnis sowie ein liberales Arbeitsrecht sind nicht das Verdienst der Manager. Der Einwand, es handle sich um wenige Unternehmen greift zu kurz, zumal alle Grossen bei Banken, Versicherungen, Chemie und Industrie betroffen sind, wenn auch mit graduellen Unterschieden.

Ursprünglich glaubte man, diese Entwicklung im Rahmen von Corporate Governance, den Leitlinien für eine gute Unternehmenskultur bei Führung und Kontrolle, in den Griff zu bekommen. In Bereichen wie Transparenz, Gewaltentrennung, Rechnungslegung und Revision sind Fortschritte erzielt worden. Die Selbstbedienung in den Chefetagen setzt sich jedoch fort. Sie wird nicht besser mit Stiftungen für einen guten Zweck, denn der Zweck heiligt die Mittel nicht! Der Chlüngel in den Entscheidungsgremien besteht nach wie vor, und auch die sogenannten «Unabhängigen»

>> Seite 3

haben nichts verändert. Nachdem diese Fehlentwicklung schon Jahre dauert, muss man mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass sie mit der Selbstregulierung nicht behoben werden kann. Auf Druck der Initiative «Gegen die Abzockerei» hat die *economiesuisse* soeben ihr Selbstregulierungswerk auf die Managerlöhne ausgedehnt. Sie spricht von einer Lösung «auf einer mittleren Linie» – das heisst: «auf halbem Wege». Dies deshalb, weil die Aktionärsbefugnisse damit in keiner Weise verstärkt werden. Solche Empfehlungen sind gut gemeint, aber nicht zielführend, weil die Verbindlichkeit fehlt. Erfahrungsgemäss ist gut Zureden nicht die Sprache, die verstanden wird.

Ausgerechnet jene Kreise, die Überregulierungen zu Recht beanstanden, veranlassen den Gesetzgeber zu handeln; dies obwohl sich Wohlverhalten schlecht anordnen lässt. Die bevorstehende Revision des Aktienrechts bietet Gelegenheit, den Einfluss der Aktionäre bei der Ausgestaltung der Lohnpolitik für die Gesellschaftsorgane wirksam zu verstärken. Nationalrat *Blocher* hat dies seinerzeit lautstark gefordert, während der Vorschlag von Bundesrat *Blocher* recht mutlos daherkommt. Das gilt beispielsweise für das Auskunftsrecht der Aktionäre in Dingen, die man mühelos im Geschäftsbericht nachlesen kann, sofern die Transparenzvorschriften eingehalten werden.

Ein wirksamer Eigentümerschutz ist nur mit vorbeugenden, nachvollziehbaren Massnahmen zu erreichen. So sollten die wichtigsten Komponenten der Vergütungspolitik statutarisch der Aktionärsversammlung vorbehalten bleiben. Jedenfalls für den Verwaltungsrat wäre dies auch stufengerecht. Die Aktionäre wählen den Verwaltungsrat, kennen seine Aufgaben. Warum sollen sie nicht Einfluss nehmen auf dessen Entschädigung? Das ist in jedem Auftragsverhältnis so, wird von der OECD empfohlen und in verschiedenen Ländern gehandhabt.

Neben der Politik ist auch die Wissenschaft gefordert. Sachgerechte, anwendungsorientierte Kriterien zur Beurteilung und Entschädigung der obersten Gesellschaftsorgane wären sehr hilfreich zur Entscheidungsfindung und könnten zur Objektivierung beitragen.

Die Devise «Es muss etwas geschehen, aber es darf nichts passieren» hilft nicht weiter. Statt vieler Worte sind nunmehr Taten gefragt!

*Felix Walker, alt Nationalrat CVP*

## **Bericht aus den Regionen**

*von Winfried Abele, Präsident VCU Zentralschweiz*

### **Im Dialog mit Nationalräten beziehen VCU Mitglieder für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Stellung – Parlamentarischer Abend der VCU Regionalgruppe Zentralschweiz.**

«Den Dialog intensivieren» lautete das Fazit der zwölf Mitglieder der Regionalgruppe Zentralschweiz nach einem Gesprächsabend mit Nationalräten der Zentralschweiz.

Auf Einladung des Obwaldner Nationalrats *Adriano Imfeld*, CVP, war die Gruppe am 6. Juni 2007 nach Bern gekommen, wo sie das Bundeshaus im Umbau besichtigten und eine eindrucksvolle Führung durch die «Herzkammer» der eidgenössischen Demokratie erhielten. Einer kurzen Teilnahme an der laufenden Nationalratssitzung schloss sich ein einstündiges Gespräch mit Nationalräten der Zentralschweiz an, zu dem neben *Adriano Imfeld* acht weitere Parlamentarier gekommen waren. Der Präsident der Regionalgruppe *Winfried Abele* stellte die VCU kurz vor, die sich seinen Worten nach für den Aufbau einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Dazu lädt die VCU alle gesellschaftlichen Gruppen ein und sucht das Gespräch. Wenige der anwesenden Politiker kannten die Vereinigung. Mit dem Hinweis auf das neue C-Papier entwickelte sich eine angeregte Diskussion über das Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft. Ich wünschte mir mehr Unternehmer im politischen Diskurs, so die Aussage von *Otto Ineichen*, FDP-Nationalrat aus Luzern. Die Feststellung der zunehmenden Arbeitsbelastung sowohl bei Unternehmern als auch bei Milizparlamentariern machte den persönlichen Spagat offenbar, mit dem ein Politiker in der Schweiz zu leben hat. Alle Teilnehmer der Runde waren sich jedoch einig, dass das Milizparlament die richtige Organverfassung ist. Die Schweiz betreibt das «billigste Parlament» in allen europäischen Ländern, jeder Schweizer wendet «nur» CHF 10.– Steuern für sein Parlament auf. Zudem will keiner der Nationalräte auf die Nähe zu der Alltagswelt der Menschen verzichten. Dieser Lebensnähe sollte auch der Dialog mit den Unternehmern und Führungskräften der VCU dienen.

Eine sehr anregende Fortführung und eine persönliche Note erfuhr der Dialog beim anschliessenden, gemeinsamen Nachtessen im Hotel Bellevue Palace, der traditionsreichen «Politik-Herberge» in Bern. Einzelne Nationalräte – die VCU-Gruppe war umgeben von Vertretern des öffentlichen Lebens, u. a. der Präsidentin des Nationalrates Frau *Christine Egerszegi-Obrist* – liessen es sich dennoch nicht nehmen, mitzuessen.

Es wurde beim Abschied vereinbart, das Gespräch in Zukunft zu intensivieren. Die VCU wird für das schweizerische Gemeinwohl gebraucht. Der Anfang ist gemacht.

## News vom Zentralpräsidium



*Silvio Ponti, Zentralpräsident*

### Zusammenarbeit mit dem Verein «Glaube & Wirtschaft»

Anlässlich der vergangenen Mitgliederversammlung habe ich über Kontakte zum Verein «Glaube & Wirtschaft» (G&W) informiert. Eine Delegation des Zentralvorstandes ist zur Zeit daran, mit dem Vereinsvorstand von G&W eine mögliche Zusammenarbeit zu evaluieren. Im folgenden wird der Verein kurz vorgestellt und mögliche Gemeinsamkeiten aufgezeigt.

Der Verein «Glaube & Wirtschaft» ist anfangs 1986 gegründet worden. Er verfolgt den Zweck, aktuelle wirtschaftliche Fragen aus der Sicht christlicher Ethik zu analysieren, um zwischen wirtschaftlichen und kirchlichen Kreisen einen aufbauenden Dialog in die Wege zu leiten bzw. zu führen. Dies erfolgt in erster Linie mittels allgemein verständlich formulierten, periodischen Schriften zu aktuellen wirtschaftlichen Themen, welche zwei- bis dreimal pro Jahr an rund 8'000 Adressaten in der ganzen Schweiz kostenlos verschickt werden. Zielpublikum sind wie erwähnt Pfarrämter, Schulen und diverse Vertreter öffentlicher Ämter. Der Verein hat rund 300 Mitglieder und finanziert sich über bescheidene Mitgliederbeiträge, Spenden und Sponsoringbeiträge namhafter Schweizer Unternehmen. Präsident ist *Dr. Franz Marty*.

In der Grundausrichtung sind VCU und G&W ähnlich: beide wollen wirtschaftliche Themen, unternehmerisches Denken und christlichen Glauben zusammenbringen. Während Glaube & Wirtschaft bisher mittels Einweg-Information wirtschaftliche Themen ins kirchliche Umfeld hineinträgt, stellt die VCU den persönlichen Kontakt von Unternehmern und Führungspersönlichkeiten, welche ihr Handeln auf christliche Grundwerte ausrichten, in den Vordergrund. Hier gibt es Ansätze zu einer Verbindung der Stärken beider Vereine, nämlich die Informationen von G&W mit den Regionalgruppen und Veranstaltungen der VCU.

In den kommenden Wochen werden wir Ideen über eine mögliche Zusammenarbeit formulieren und in einer gemeinsamen Studiengruppe evaluieren. Es ist vorgesehen, die VCU Mitglieder spätestens an der nächsten Mitgliederversammlung über konkrete Massnahmen zu informieren und allenfalls entscheiden zu lassen. Wir halten Sie in den kommenden VCU Newsletters auf dem Laufenden.

*Silvio Ponti, Zentralpräsident*

## Agenda 2007

**24. August 2007**  
**Region Aarau/Solothurn**  
*Stadtentwicklung am Beispiel Lenzburg (Führung)*

**26. August 2007**  
**Region Basel**  
*Reise nach Luzern*

**26. August 2007**  
**Region Zentralschweiz**  
*Familienanlass*

**August 2007**  
**Region Zürich**  
*Was tun wenns brennt?  
Besuch bei der Städtischen  
Feuerwehr*

**13. September 2007**  
**Region Aargau/Solothurn**  
*Besichtigung Fresken-  
kapelle und Rebberg  
Birmenstorf*

**13. September 2007**  
**Region Zürich**  
*Ausklang des Arbeitstages  
bei Wein und Kerzen-  
schein*

**20. September 2007**  
**Region Linth**  
*Leistungslohnsysteme  
Martin Steinacher  
Rest. Hirschen, Kaltbrunn*

**27. September 2007**  
**Region Zentralschweiz**  
*Unternehmerfrühstück*

**9. Oktober 2007**  
**Region Bern/Fribourg**  
*Zuckerfabrik Aarberg/  
oder Kaffee Blaser - Bern*

**18. Oktober 2007**  
**Region Linth**  
*Verantwortungsvolle und  
erfolgreiche Unternehmen?  
Rest. Froberg, Jona*

**19. Oktober 2007**  
**Region Zentralschweiz**  
*Gesprächsabend  
«Kirche und Wirtschaft»*

**Region Ostschweiz**  
*Keine Meldung*

## «Swiss made – Was Schweizer KMU erfolgreich macht»

Schweizer Klein- und Mittelunternehmen (KMU) sind erfolgreich – zuhause und auf internationalen Märkten. Was aber macht sie erfolgreich, welche Konzepte, Ideen und Produkte stehen hinter dem Erfolg von kleinen und mittleren Unternehmen? Dieser spannenden Frage geht dieses Buch in persönlichen und interessanten Porträts nach. Die Unternehmen und ihre Erfolgsrezepte machen Lust auf unternehmerisches Handeln und Veränderungsprozesse und zeigen neue, unkonventionelle Wege zum Erfolg auf.

Die Schweizer Wirtschaft ist international nicht nur mit Schokolade und Uhren erfolgreich. Viele Schweizer KMU stehen mit ihren Produkten und Dienstleistungen an der Weltspitze. «Swissness» liegt im Trend. Welches aber sind die Qualitäten, die den Erfolg dieser Unternehmen ausmachen? Sind die viel gelobten schweizerischen Eigenschaften wie Pünktlichkeit, Präzision und Erfindergeist der Schlüssel zum Erfolg? Mit bahnbrechenden Innovationen, neuen Geschäftsmodellen und unkonventionellen Strategien haben es die porträtierten Unternehmen geschafft, der Konkurrenz voraus zu sein und sich Wettbewerbsvorteile in internationalen Märkten zu erarbeiten. Die Erfolgsgeschichten inspirieren und laden zur Nachahmung ein, die Köpfe hinter den Unternehmen erzählen ihre Geschichte und geben Tipps.

Porträtiert werden u. a. Abacus, Contrinex, Freitag, Lantal Textiles, Mammut, Blaser Swisslube, Thermoplan, Tossa und die Weisse Arena.

Autor, *Roger Tinner* (\*1961), Studien in Germanistik, Philosophie und Musikwissenschaft in Zürich, Nachdiplom in Unternehmensführung an der Universität St.Gallen, dort auch Leiter Kommunikation, heute tätig in der Kommunikationsberatung (Mitinhaber freicom ag).

## Wir gratulieren



### 60 Jahre

Christoph Stutz, Basel	30.08.1947
Vroni Bauer, Abtwil	17.09.1947
Jürg Knutti, Jona	29.09.1947

### 50 Jahre

Paul Häring, Wünnewil	19.08.1957
Urs Geiger, Biel-Benken	15.09.1957
Pius Oggier, Willisau	21.09.1957

### 40 Jahre

Markus Kaufmann, Wettingen	13.08.1967
----------------------------	------------

## Wir trauern



Unser langjähriges VCU Mitglied der Region Aargau/Solothurn **Josef Killias**, Rudolfstetten, geb. 17.11.1932, ist am 18.10.2006 verstorben.

Der Trauerfamilie wünschen wir viel Kraft und Unterstützung.

## Austritt

Kurt Holenstein, Bazenheid

## VCU Awards

Haben Sie mit Ihrer Firma oder Ihren Produkten / Dienstleistungen eine Auszeichnung oder einen Award gewonnen?

Ein schöner Anlass dies an dieser Stelle auch im VCU Kreise bekannt zu machen und zu zelebrieren!

Meldungen an:  
rita.baechler@baechlerbarth.ch

## Für Sie gelesen

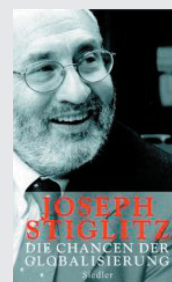
### VCU-Mitglieder schreiben:



Autor:  
**Roger Tinner**

Titel:  
**«Swiss made – Was Schweizer KMU erfolgreich macht»**

Verlag: KMU Campus und IMB Schweiz  
Preis: CHF 44.–



Autor:  
**Joseph Stiglitz**  
Nobelpreisträger für Wirtschaft, ehemaliger Berater von Präsident Bill Clinton, Mitglied der Weltbank

Titel:  
**«Die Chancen der Globalisierung»**

Verlag: Siedler, Berlin  
Preis: CHF 34.90

## Impressum

Nächste Ausgabe:  
Oktober 2007

Konzept:  
Urs Häusel

Koordination:  
Rita Baechler-Barth

Umsetzung:  
Ursula Casali

Zentralsekretariat:  
info@vcu.ch